



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 -V- 3 1 - 0 0 0 8**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)

II

Personalmehrbedarf Abteilung Ordnungswesen

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>

wird im Internet/PIWI veröffentlicht

Bestätigung Dezernent

Dr. Franz
Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 19.235,61 €
 in %: 0,00 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Personalkosten	62.568			1300354	630098	Personalkosten Amt 31
	x	2022	Sachkosten	9.700			1300354	680000	Arbeitsplatzkosten
	x	2023	Personalkosten	62.568			1300354	630098	Personalkosten Amt 31
	x	2023	Sachkosten	9.700			1300354	630000	Arbeitsplatzkosten
Summe einmalige Kosten:				131.320					

	x	2024 ff	Personalkosten	62.568			1300354	630098	Personalkosten Amt 31
	x	2024 ff	Sachkosten	9.700			1300354	680000	Arbeitsplatzkosten
Summe Folgekosten:				65.660					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:
 Die Berechnung der Personalkosten erfolgt auf Basis der noch nicht veröffentlichten Leitlinie Personalkostenkalkulation 2021 zzgl. der Overheadkosten.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Bedingt durch Änderungen im Waffengesetz, den Ausbau des Nationalen Waffenregisters als zentraler Bestandteil der Historie einer Waffe (Herstellung bis Vernichtung), die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sowie erhöhte Fallzahlen entsteht bei Dezernat II/3107 in der Abteilung Ordnungswesen, Sachgebiet Waffen, Jagd und Fischerei, ab 2022 ein Personalmehrbedarf von einem VZÄ.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

bedingt durch Änderungen im Waffengesetz, den Ausbau des Nationalen Waffenregisters, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sowie erhöhte Fallzahlen bei Dezernat II/3107 in der Abteilung Ordnungswesen, Sachgebiet Waffen, Jagd und Fischerei, ab 2022 ein Personalmehrbedarf von einem VZÄ mit dem Stellenwert E8 entsteht.

2.1 Bei Dezernat II/3107 - Ordnungswesen wird zum Stellenplan 2022/2023 eine Vollzeitplanstelle für die Erfüllung der o.g. Aufgaben mit Stellenwert E8 unbefristet geschaffen. Die Planstelle kann vorab der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung und der Genehmigung des Stellenplanes 2022/2023 ab dem 1. Januar 2022 besetzt werden. Die erforderlichen Mittel ab 2022 werden von Dezernat II/31 zum Haushalt 2022/2023 als weiterer Bedarf angemeldet.

2.2 Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat II/31 ab dem 1. Januar 2022 um ein VZÄ zu erhöhen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Das in der Abteilung Ordnungswesen angesiedelte Sachgebiet Waffen, Jagd und Fischerei ist für wichtige Bereiche der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig. Denn der Besitz und Umgang mit Waffen und Munition unterliegt gesetzlichen Regeln und erfordern eine behördliche Erlaubnis.

Die zentralen Aufgabengebiete des Sachgebiets (Waffen-Jagdrecht) haben mehrere Gesetzesänderungen erfahren (WaffG in September 2020, Bundesjagdgesetz) bzw. eine Gesetzesänderung im Jagdrecht wird erfolgen. Dies führt u.a. zu geänderten, erweiterten Verfahrensabläufen und erhöhten Bearbeitungszeiten.

Mit dem dritten Waffenänderungsgesetz (1. September 2020) wird der Behörde auferlegt, das Bedürfnis für den Besitz von Waffen alle fünf Jahre zu überprüfen. Zudem ist bei den Inhabern von waffenrechtlichen Erlaubnissen in regelmäßigen Abständen, mindestens alle drei Jahre, ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen. Weiter haben Anfragen beim Verfassungsschutz zu erfolgen, um waffenbesitzende Rechtsextremisten etc. festzustellen.

Darüber hinaus wurde das Nationale Waffenregister ausgebaut und wird nunmehr als zentraler Bestandteil bzgl. der Historie einer Waffe gesehen. Der gesamte Lebenszyklus einer Waffe - von der Herstellung bis zur Vernichtung - soll hierdurch behördlich nachverfolgbar sein. Einzelne Waffenteile, Magazine etc. müssen nun ebenfalls gesondert durch die Behörde registriert werden.

Diese Beispiele haben unter u.a. folgende Auswirkungen:

- Fallbearbeitungsdauer erhöht sich
- Durchführung regelmäßiger Überprüfungen, auch im Außendienst neben den regulären Aufgaben
- Komplexere Bearbeitungsvorgänge mit einer veränderten Aufgabenstruktur
- Erweiterung der Digitalisierung (Entwicklung neuer Schnittstellen)
- Beachtung von weiteren Fristen bei der Dateneingabe

Die erhöhten Anforderungen im Waffengesetz und steigende Anträge führen vermehrt zu der Erteilung von Waffenbesitzverboten bzw. dem Widerruf von waffenrechtlichen Erlaubnissen. Hier kommen zusätzliche Aufgaben in der Bearbeitung von Widerspruchs- und Gerichtsverfahren auf das Sachgebiet zu.

Gleichzeitig sollen die bereits bestehenden notwendigen Aufgaben im Außendienst zur Vermeidung von waffenrechtlichen Zwischenfällen verstärkt wahrgenommen werden. Hierzu gehören:

- regelmäßige Aufbewahrungskontrollen
- Abholung von Waffen in Erbschaftsfällen
- Kontrolle von Schießständen

Die neuen Aufgaben führen zu einer erheblichen zusätzlichen Belastung der Mitarbeiter mit entsprechenden Folgen. Mit einem zusätzlichen VZÄ-Mitarbeiter besteht die Möglichkeit, diesen neuen Aufgaben nachkommen zu können.

Gleichzeitig könnte der neue VZÄ-Mitarbeiter das Wissensmanagement in dem Sachgebiet unterstützen, da hier in den kommenden Jahren zentrale Wissensträger in den Ruhestand gehen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, ¹⁵ Juni 2021



Dr. Franz
Bürgermeister